



**Geschäftsführung  
Ausschuss für Anregungen und  
Beschwerden**

Herr Droske

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221) 221-26005

E-Mail: ralf.droske@stadt-koeln.de

Datum: 17.10.2011

**Niederschrift**

über die **16. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 10.10.2011, 15:00 Uhr bis 17:50 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

**Anwesend waren:**

**Vorsitzender**

Herr Horst Thelen GRÜNE

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU
Herr Efsan Kara	CDU
Herr Jürgen Koch	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Karsten Kretschmer	GRÜNE

**Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Gerhard Brust GRÜNE

**Sachkundige Bürgerin**

Frau Renate Domke auf Vorschlag der FDP

**Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Herr Peter Löwisch auf Vorschlag der Fraktion die Linke.Köln

Herr Thor-Geir Zimmermann DEINE FREUNDE

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Helga Schlapka	SPD
Frau Christel Tank	pro Köln
Herr Ulf Florian	auf Vorschlag der SPD
Herr Patrick Sobieralski	auf Vorschlag der SPD
Herr Joachim Geysse	auf Vorschlag der CDU
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Frau Yvonne Bußmann	FDP
Herr Helmut Metten	GRÜNE
Herr Thorsten Stöckert	auf Vorschlag der FDP
Herr Berthold Bronisz	DIE LINKE.

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Herr Turan Özkücük	LDK
--------------------	-----

### **Presse**

### **Zuschauer**

Herr Thelen eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmer.

Er fragt zunächst nach Einwänden gegen die letzte Niederschrift. Einwände bestehen nicht.

Zur Tagesordnung:

Frau Herbers-Rauhut schlägt vor, den TOP 1.3 zusammen mit 3.4 zu behandeln.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **1 Mitteilungen**

- 1.1 Toilettenkonzept - Sachstand  
(Sammelumdruck vom 19.08.2011)  
3252/2011
- 1.2 Veranlagung von so genannten Hinterliegern zu Straßenreinigungsgebühren  
3541/2011
- 1.3 Geschwindigkeitsreduzierung auf der Riehler Straße auf 50 km/h  
3500/2011

## **2 Anfragen**

2.1 Mündliche Anfragen

2.2 Schriftliche Anfragen

## **3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

3.1 Klimaschutzziele der Rheinenergie (02-1600-08/11)  
1148/2011

3.2 Beitragsfestlegung für die institutionelle Betreuung (Kindergartenbeiträge) (02-1600-36/11)  
2847/2011

3.3 Anregung zur Einführung einer Ehrenamtskarte (02-1600-47/11)  
3370/2011

3.4 Verkehrssituation auf der Riehler Straße (02-1600-30/11)  
3561/2011

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

## **4 Mitteilungen**

## **5 Anfragen**

5.1 Mündliche Anfragen

5.2 Schriftliche Anfragen

## **6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Mitteilungen**

#### **1.1 Toilettenkonzept - Sachstand (Sammelumdruck vom 19.08.2011) 3252/2011**

Herr Thelen ist der Auffassung, dass das Ergebnis der Mitteilung nicht zufrieden stellen kann. Es wird zwar deutlich, dass der Rat für die Umsetzung des Toilettenkonzeptes offenbar nicht genügend Geld zur Verfügung gestellt hat. Allerdings hätte die Verwaltung auf diesen Umstand rechtzeitig hinweisen müssen. (Gemäß Beschluss des Rates vom 10.09.2009 sollten die Ergebnisse „dem Rat unter Darstellung der Finanzierung zur weiteren Beschlussfassung“ vorgelegt werden)

Frau Schultes empfindet die Mitteilung der Verwaltung als Ausdrucke einer Mangelverwaltung. Sie schlägt vor, die Mitteilung an die Bezirksvertretungen und den Sozialausschuss zurück zu verweisen. Die Verwaltung sollte aufgefordert werden, weitere Gespräche mit der KGAB zu führen.

Frau Herbers-Rauhut bittet die Verwaltung, die Ergebnisse aus den weiteren Gesprächen mit der AWB wegen den Uriliften mitzuteilen.

Frau Domke hält es für wichtig, dass auch zusätzliche Toiletten errichtet werden. Hierbei sollte auch geprüft werden, ob außer der Firma Decaux nicht noch weitere Betreiber in Frage kommen.

Herr Florian plädiert dafür, auch für die 75 Standortvorschläge der zweiten Priorität eine Prioritätenliste zu erstellen, da dies aufgrund der Fremdfinanzierung unabhängig von den Maßnahmen der ersten Priorität geschehen kann.

Herr Kretschmer spricht sich gegen eine erneute Verweisung in die Bezirksvertretungen aus, da diese über das Thema bereits beraten haben. Für die Poller Wiesen bittet er zu prüfen, ob dort nicht die Möglichkeit besteht, mobile Miet-Toiletten aufzustellen, die nach seinen Informationen mtl. 109,- € kosten.

#### **1.2 Veranlagung von so genannten Hinterliegern zu Straßenreinigungsbühren 3541/2011**

Herr Thelen hält den Lösungsvorschlag der Verwaltung nicht für ausreichend. Nach seiner Einschätzung sieht auch die zuständige Beigeordnete, Frau Reker, diesbezüglich noch Überarbeitungsbedarf.

Herr Schneider hält den Lösungsvorschlag der Verwaltung ebenfalls nicht für angemessen. Er wiederholt daher die Erwartung des Ausschusses an die Verwaltung aus dem Beschluss vom 23.05.2011, eine Lösung für eine faire und gerechte Verteilung der Straßenreinigungskosten zu finden. Darüber hinaus bittet er die Verwaltung, die Ausschüsse über den Ausgang des Gerichtsverfahrens zu informieren.

- 1.3 Geschwindigkeitsreduzierung auf der Riehler Straße auf 50 km/h  
3500/2011**
  
- 2 Anfragen**

  - 2.1 Mündliche Anfragen**
  - 2.2 Schriftliche Anfragen**

  
- 3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des  
Landes Nordrhein-Westfalen**

  - 3.1 Klimaschutzziele der Rheinenergie (02-1600-08/11)  
1148/2011**

Der Vertreter der Petition erläutert die Eingabe (Vortrag ist als Anlage der Niederschrift beigelegt).

Für die Verwaltung erklärt Herr Arentz vom Umwelt- und Verbraucherschutzamt die Ziele und das Konzept der Stadt Köln zur Klimaverbesserung.

Herr Preuß, Pressesprecher der Rheinenergie erläutert das Geschäftsmodell seines Unternehmens und bietet an, mit den Petenten im Gespräch über weitere Verbesserungsmöglichkeiten zu diskutieren.

Ratsmitglied Brust bemängelt, dass der Bürgerantrag einige Dinge enthält, die faktisch und rechtlich nicht umsetzbar seien oder den Geschäftsbereich der Rheinenergie überschreiten. Im Vorfeld habe es dazu ja bereits Gespräche mit den Petenten gegeben, leider wurden die Forderungen aber nicht angepasst. Nach seiner Auffassung sei es wichtig, dass die Stadt Köln weiterhin die führende Kraft in der Festlegung von Klimaschutzzielen und bei der Effizienzsteigerung bleibe. Ebenso wichtig sei es, ein Effizienzzentrum zu schaffen, das als neutrale Anlaufstelle für die Bürger dient.

Herr Schneider erklärt, dass die SPD-Fraktion uneingeschränkt den Beschlussvorschlag der Verwaltung unterstützt. Er begrüßt die Dialogbereitschaft der Rheinenergie und der Petenten. Er kritisiert aber, dass die Eingabe von Ende Januar 2011 erst jetzt im Ausschuss beraten werde und zwischenzeitlich keine Benachrichtigung an den Ausschuss und die Petenten ergangen sei.

Herr Dr. Höver kündigt an, hierzu noch schriftlich Stellung zu nehmen.

Herr Thelen schlägt vor, im Beschlusstext zu ergänzen, dass der Ausschuss die Dialogbereitschaft begrüßt und lässt darüber abstimmen.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei den Petenten für ihre Anregung. Er begrüßt die Bereitschaft der Rheinenergie, mit den Petenten in einen intensiven Dialog einzutreten. Aufgrund des Grundsatzbeschlusses des Rates der Stadt Köln vom 07.04.2011 und dem von der Verwaltung angekündigten Klimaschutzkonzept sieht der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden derzeit keinen Bedarf für eine weitere Beschlussfassung.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **3.2 Beitragsfestlegung für die institutionelle Betreuung (Kindergartenbeiträge) (02-1600-36/11) 2847/2011**

Der Petent erläutert seine Eingabe. Für die Verwaltung nimmt Frau Krauel vom Amt für Kinder, Jugend und Familie Stellung und stellt dar, dass die Umsetzung des Antrags des Petenten einen deutlich höheren Verwaltungsaufwand bedeuten würde.

Herr Schneider erklärt, dass ihm zwar nachvollziehbar sei, dass eine prozentuale Berechnung einen Mehraufwand bedeutet. Eine weitere Unterteilung in mehr Einkommensgruppen dürfte aber nicht zu einem erheblichen Mehraufwand führen. Die Verwaltung müsste ermitteln, in welchem Umfang dies zu Mehraufwand und Mehrkosten führen würde. Die vorliegende Begründung der Verwaltung sei nicht fundiert und viel zu kurz.

Frau Herbers-Rauhut empfiehlt den Verweis an den Jugendhilfeausschuss, da dort ohnehin noch eine grundsätzliche Klärung zu den Kindergartenbeiträgen ausstehe.

Herr Kretschmer kritisiert den fehlenden Willen der Verwaltung, nach Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen. Er kann sich ebenfalls eine kleinteiligere Einstufung bei den Einkommensgruppen vorstellen und empfiehlt daher ebenfalls den Verweis an den Jugendhilfeausschuss.

Frau Domke spricht sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Herr Thelen lässt über diesen **Beschlussvorschlag** abstimmen:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei dem Petenten für seine Anregung. Eine Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen zu Kindertageseinrichtungen lehnt der Ausschuss aber ab.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die FDP **abgelehnt**.

Herr Uckermann plädiert hingegen für den **Beschlussvorschlag** des Petenten, über den ebenfalls abgestimmt wird:

Festlegung der Elternbeiträge als Prozentsatz des Einkommens.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen pro Köln **abgelehnt**.

Herr Thelen unterstützt die Vorschläge von Herrn Schneider und Herrn Kretschmer und formuliert einen ergänzten Beschlusstext.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei dem Petenten für seine Anregung. Der Ausschuss verweist die Eingabe an den Jugendhilfeausschuss und bittet die Verwaltung, eine praktikable und gerechtere Lösung mit Darstellung der damit verbundenen Verwaltungskosten für verschiedene Varianten vorzulegen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich zugestimmt gegen pro Köln, bei Enthaltung der FDP.

### **3.3 Anregung zur Einführung einer Ehrenamtskarte (02-1600-47/11) 3370/2011**

Der Petent erläutert seine Eingabe. Für die Verwaltung nimmt Frau Han vom Amt des Oberbürgermeisters Stellung. Sie erläutert die Arbeit der Kommunalstelle zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements im Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Köln.

Herr Thelen spricht sich gegen die Einführung einer Ehrenamtskarte aus. In Köln gebe es vielfältige Anerkennungsmöglichkeiten. Die Ehrenamtskarte würde jedoch nur die zu einer Organisation bzw. einem Verein zusammengeschlossenen ehrenamtlichen Helfer belohnen. Die vielen einzelnen ehrenamtlich Tätigen würde man somit gar nicht erreichen. Nach seiner Erfahrung läge der Ansporn der Ehrenamtlichen auch nicht in den mit der Ehrenamtskarte verbundenen finanziellen Vergünstigungen, sondern im ehrenamtlichen Engagement an sich.

Die übrigen Fraktionen und Einzelvertreter sprechen sich ebenfalls mehrheitlich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus, da sie das bisherige Engagement der Stadt Köln für sehr gut und völlig ausreichend halten. Außerdem sei der Aufwand für die Ehrenamtskarte zu hoch und nicht gerecht zu bewerkstelligen.

Lediglich Herr Uckermann plädiert für die Einführung einer Ehrenamtskarte.

Auf Vorschlag von Frau Domke wird im Text des Beschlussvorschlags die Wichtigkeit der bestehenden Anerkennungsformen verdeutlicht.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei dem Petenten für seine Eingabe. Der Ausschuss unterstützt die bestehenden Formen der Anerkennung und Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements und betont deren Wichtigkeit. Der Vorschlag, in Köln eine Ehrenamtskarte einzuführen, wird angesichts des bereits bestehenden Angebotes und der aktuellen Haushaltslage nicht weiter verfolgt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich zugestimmt gegen pro Köln.

### **3.4 Verkehrssituation auf der Riehler Straße (02-1600-30/11) 3561/2011**

Die Petenten erläutern ihre Eingabe. Für die Verwaltung nimmt Herr Rothe vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik Stellung. Er erklärt, dass durch die beschriebenen Arbeiten an den Lichtsignalanlagen die Geschwindigkeitsbeschränkung auf 50 km/h kurzfristig und zunächst probeweise eingerichtet werden kann. Die Verwaltung wird dann die Auswirkungen auf die Verkehrssituation sowie die Luft- und Lärmwerte prüfen und auswerten. Das Ergebnis wird den politischen Gremien mit einer Beschlussempfehlung über die dauerhafte Änderung der Verkehrsregelung vorgelegt.

Herr Schneider schlägt vor, in den Beschlusstext aufzunehmen, dass die Verwaltung nach 6 Monaten eine aktuelle Sachstandsmitteilung erstellt.

Frau Domke sieht die komplette Umgestaltung der Riehler Str. etwas kritisch, da es sich hierbei um eine stark frequentierte Hauptverkehrsstraße handelt, mit direktem Anschluss an die Zoobrückenzufahrt.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei den Petenten für ihre Eingabe und bittet die Verwaltung, die in der Vorlage angekündigten Maßnahmen schnellstmöglich umzusetzen, um die Verkehrssicherheit auf der Riehler Str. zu erhöhen. Dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden ist in einem halben Jahr ein Erfahrungsbericht vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich zugestimmt, gegen die FDP.

**II. Nichtöffentlicher Teil**

**4      Mitteilungen**

**5      Anfragen**

**5.1    Mündliche Anfragen**

**5.2    Schriftliche Anfragen**

**6      Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

Gez. Thelen  
Ausschussvorsitzender

gez. Droske  
Schriftführer